

Presseinformation 08/2025

Quo vadis Klimaschutz?

Sowohl der Bundestagswahlkampf als auch das Ergebnis der Bundestagswahl haben die dominierenden Themen der kommenden Jahre nicht aufgegriffen. Die neue Weltordnung der Trump-Regierung wie auch der stetig sich verschärfende Klimawandel werden Deutschland prägen, nicht die Migrationspolitik oder das Narrativ, dass massive Steuerentlastungen der Vermögenden eine Wirtschaftswende einläuten könnten.

Der Klimawandel ist ein physikalisches Ereignis, das nicht durch Ignorieren, Verdrängen oder Leugnen gelöst werden kann. Helfen könne nur eine engagierte Klimaschutzpolitik. Davon habe sich aber die deutsche Politik und ihre Wählerinnen und Wähler ein großes Stück entfernt, so der Verband für Wirtschaft und Umwelt und der Landesverband Solarenergie in Rheinland-Pfalz. Fraglich sei, ob sich die neue Politik von ihren immensen Wahlversprechen lösen und stattdessen auf die eigentlichen Probleme, wie dem Erhalt der Lebensgrundlagen und auf die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft konzentrieren kann.

Der Klimawandel hat sich in der Wahlkampfzeit deutlich verschärft. Die Energiepreise sanken durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien auf das Vorkriegsniveau des russischen Einmarsches. Jetzt den Ausbaupfad der Erneuerbaren Energien zu verlassen, bedeute eine erhebliche Belastung der Wirtschaft, so der nachhaltige Wirtschaftsverband. Den im Wahlkampf geschuldeten Reden von einem Wechsel der Energieversorgung hin zu teuren Gaskraftwerken und neuen Atomkraftwerken müsse jetzt wieder ein realitätsbezogenes Handeln folgen. Weder die Gebäudeenergie wieder zurück auf fossile Energieträger auszurichten, noch die weltweite Elektromobilität in Deutschland stoppen zu wollen, seien wirtschaftlich und ökologisch sinnvolle Pfade.

Die beiden Verbänden hatten es begrüßt, dass in den letzten drei Jahren der Ausbau der Erneuerbaren Energien durch einen Abbau der Bürokratie gefördert werden konnte. Der Windausbau sei deutlich schneller realisierbar geworden als zuvor und der Solarenergieausbau wurde von den Fesseln der Altmaier-Politik befreit. Bestes Beispiel für den Erfolg des Bürokratieabbaus sei der Boom bei den Balkonkraftwerken. In Rheinland-Pfalz wurden über 45.000 Kleinstkraftwerke für Balkone und Terrassen aufgestellt und hätten zu einer Entlastung der Energiekosten beigetragen.

Diese Politik müsse fortgeführt werden. Die Bürokratie bei der Genehmigung von einfachen Dachanlagen sei noch immer unverhältnismäßig. In Rheinland-Pfalz habe man zwischenzeitlich über 100.000 Kleinspeichieranlagen installiert, aber das Ziel müsse verzehnfacht werden, so der Landesverband für Solarenergie. Weit hinterher hinke das Land beim Ausbau der Windkraft. Das von der Landesregierung ausgerufene Ziel von 2,2 % Prozent der Fläche für den Ausbau der notwendigen Windräder sei bisher nur in zwei Landkreisen erreicht worden. Da sei noch sehr viel Luft nach oben, so die Verbände abschließend.